

Stadt Heubach - Aus der Arbeit des Gemeinderates **Gemeinderatssitzung vom 25. Januar 2022**

Der Gesamtgemeinderat tagte erstmals unter dem Vorsitz von Dr. Joy Alemazung. Im Mittelpunkt des öffentlichen Teils der Sitzung standen die Vorberatung zum Haushaltsplan 2022 und der Ausbau der Nahwärmeversorgung im Zusammenhang mit der neuen Nutzung des Areals Übelmesser. Außerdem auf der Agenda: die Sanierung der Böhmerstraße, Vergaben für Erschließungsmaßnahmen im Gewerbegebiet „Erlen“ und im Baugebiet „Auhölzle“, die Festlegung eines Straßennamens im Baugebiet „Auhölzle“, die Einrichtung eines "Eltern-Kind-Zentrums" im Areal Übelmesser, die Annahme von Spenden und Sponsoring für das 4. Quartal 2021 sowie die Bestellung von Herrn Bürgermeister Dr. Joy Alemazung zum Vorstand der Energiegenossenschaft Rosenstein eG und die Festlegung der Regelungen für die Benutzung des Dienstwagens für außerdienstliche Zwecke durch den Bürgermeister.

Die sich anschließende nicht öffentliche Sitzung umfasste vier weitere Tagesordnungspunkte.

Bürgermeister Dr. Joy Alemazung nutzte zu Beginn der Sitzung die Gelegenheit, um sich nochmals für das ihm mit der Wahl am 17.10.2021 **entgegengebrachte Vertrauen** zu bedanken. Dieses Vertrauen gelte es nun, nach der offiziellen Amtsübernahme am 01.01.2022, zu bestätigen. Er betonte die umfassende Herausforderung der zahlreichen großen Projekte wie der Schlosssanierung, das „Eltern-Kind-Zentrum“ und das Neubaugebiet „Auhölzle“, deren Planung bzw. Umsetzung in 2022 anstehen. Er nannte daneben auch einige Herzensprojekte, wie zum Beispiel die Themen „Fair Trade“, „Meiner Gemeinde etwas zurückgeben“ und „Soziale Gerechtigkeit“. Mit einem Zitat aus Friedrich Dürrenmatts Drama „Die Physiker“ unterstrich Dr. Alemazung sein Verständnis von Zusammenarbeit: „Was alle angeht, können nur alle lösen. Jeder Versuch eines Einzelnen, für sich zu lösen, was alle angeht, muss scheitern.“ Er richtete damit die Bitte an alle Heubacher Bürgerinnen und Bürger, sich mit Kritik, Anregungen und Vorschlägen an ihn zu wenden, und hob auf eine Begegnung auf Augenhöhe ab.

Wie seit einiger Zeit bei den Sitzungen üblich, informierte auch der neue Bürgermeister Dr. Alemazung über die **aktuelle Corona-Lage** und einen traurigen Rekord mit tagesaktuell 164 infizierten Personen in Heubach. Er wies in diesem Zusammenhang auf den **nächsten Impftermin** am 09. Februar 2022 in der Stadthalle hin.

Fragestunde für Bürgerinnen und Bürger

Ein Bürger erkundigte sich bezüglich des Tagesordnungspunkts 6 („Baugebiet „Auhölzle“: Erschließungsmaßnahme - Vergabe), ob aufgrund der nunmehr niedrigeren Erschließungskosten angedacht sei, den Eigentümern eine Rückzahlung auf den Grundstückspreis zu leisten.

Stadtkämmerin Monika Löhn wies darauf hin, dass es sich um festkalkulierte Preise handelt und in den Kaufverträgen Festpreise festgeschrieben sind. Rückzahlungen seien weder geplant noch rechtlich zulässig.

Nahwärmeversorgung für das „Eltern-Kind-Zentrum“ / Adlerstraße 7

Zu diesem Thema waren von der GEO Gesellschaft für Energieversorgung Ostalb mbH Herr Pascal Erdt (Vertriebsleiter) und Herr Bernd Olschewski (Unternehmensentwicklung) eingeladen.

Stadtbaumeisterin Ulrike Holl stellte fest, dass das Thema bereits im Dezember in nicht öffentlicher Sitzung andiskutiert wurde und berichtete über immer wiederkehrende Ausfälle der bestehenden Heizanlage im Areal Übelmesser, wovon aktuell besonders die Räumlichkeiten des Mütterzentrums betroffen sind. Die 30 Jahre alte Heizung sei anfällig und eine neue Heizanlage für den Start der Kindertagesstätte auf jeden Fall notwendig. Dafür stellen sich zwei Möglichkeiten dar - entweder der Austausch der bestehenden Gasheizung in Kombination mit der bereits geplanten Photovoltaikanlage auf der Südseite des Dachs des Hauptgebäudes sowie der Dämmung der obersten Geschossdecke oder ein Nahwärmeanschluss. Sie verwies in diesem Zusammenhang auf das generelle Ziel, die Nahwärmeversorgung in Heubach auszubauen.

Herr Erdt stellte zunächst den aktuellen Ausbaustand der Nahwärmeversorgung (Quartier Böbinger Straße/Ostlandstraße, Anschluss Gewerbegebiet „Erlen“) sowie die Erweiterungsmöglichkeiten (Anschluss

Adlerstraße, Anschluss Neubaugebiet „Auhölzle“ und Schulzentrum) dar und hob auf die Vorteile der Nahwärme ab (nachhaltige Energieversorgung durch Biogasbezug, Austausch alter Heizanlagen mit Anschluss möglich, Vorzeigeprojekt der Kommune im Landkreis). Er ging auf die Ausgangssituation sowie die konkreten Anforderungen an eine neue Heizung im Areal Übelmesser ein - zum einen die technischen Anforderungen mit einem Wärmebedarf von 120.000 kWh/p.a. sowie einer Leistung von 80 kW und zum anderen die gesetzlichen Auflagen bei einer Heizungssanierung nach dem EWärmeG (Anteil von 15% erneuerbare Energien) und dem Gebäudeenergiegesetz (GEG).

Herr Erdt stellte nachfolgend die beiden von Frau Holl skizzierten Varianten im Detail vor:

Bei Variante 1 (Gaskessel und PV Anlage) liegen die Gesamtinvestitionskosten bei rund 90.000 € (Gasbrennwertkessel und Pufferspeicher ca. 60.000 €, Photovoltaikanlage und Dämmung rund 30.000 €). Die Energiekosten liegen bei einem Bedarf von ca. 135.000 kWh nach der Sanierung bei etwa 8.100 € p.a. (mit steigender Tendenz bezüglich der Gaspreise) und die laufenden Kosten (Wartung und Reparatur) bei ca. 5.000 € p.a. Allerdings ist zu beachten, dass die neue Anlage nur noch eine Laufzeit von 18 Jahren haben wird, da gasbetriebene Anlagen nach dem GEG nur noch bis 2040 genutzt werden dürfen.

Bei Variante 2 (Nahwärme) müssen für den Anschluss des Areals Übelmesser in der Adlerstraße über die Ziegelwiesenstraße rund 750 m Nahwärmeleitung verlegt werden. Die Investitionskosten hierfür betragen rund 380.000 €. Von Seiten der WEG Haus Hohgarten wurde ebenfalls Interesse an einem Anschluss an die Nahwärmeversorgung geäußert, wofür jedoch weitere 200 m Leitung verlegt werden müssen. Der Lösungsansatz sieht vor, die Kosten der dann nunmehr 950 m langen Trasse (ca. 500.000 €) auf die Stadt Heubach und die WEG Haus Hohgarten aufzuteilen, was für die Stadt Heubach einen Anteil von rund 200.000 € inklusive Anschluss im Gebäude selbst bedeutet. Herr Erdt unterstrich, dass dieser Einmalbetrag durch jeden weiteren Kunden, der sich für einen Nahwärmeanschluss entscheidet, reduziert werden kann. Als realistisches Szenario nannte er eine Investition von etwa 130.000 € für die Stadt bei Realisierung der Variante 2. Die jährlichen Verbrauchskosten bezifferte er mit rund 12.500 €. Herr Erdt hob auf die Vorteile der Nahwärmeversorgung ab und sprach von einer großen Chance für jeden Anwohner, der an der Trasse liegt, auf eine nachhaltige Energieversorgung umzustellen.

Bürgermeister Dr. Alemazung unterstrich die Vorbildfunktion der Stadt Heubach und sah mit der Realisierung der Trasse im Stadtzentrum den richtigen Schritt in Richtung einer nachhaltigen Zukunft.

Das Gremium (Wortmeldungen von Stadtrat Karl Grötzinger, Stadtrat Thomas Abele und Stadtrat Frank Schührer) schloss sich dieser Meinung an und betonte die ökologische Weichenstellung durch eine sinnvolle Nutzung vorhandener Energie. Ziel müsse sein, möglichst viele Anwohner entlang der Trasse zu akquirieren. Dafür seien persönliche Gespräche sowie die Möglichkeit, sich bei der BioEnergie Buch vor Ort zu informieren, wichtig.

Der Gemeinderat beschloss **einstimmig**, die Nahwärmeanbindung durch die GEO zu den dargestellten Bedingungen weiterzuverfolgen.

Vorberatung des Entwurfs des Haushaltsplans 2022

Kämmerin Monika Löhn wies einleitend auf die mit der Einführung des NKHR zum 01.01.2020 einhergehenden Änderungen der Haushaltsplanung hin und informierte über die Überarbeitung des Entwurfs mit den aktuellen Fortschreibungen gemäß der Beratung des Vorentwurfs in der Sitzung der Haushaltsstrukturkommission am 13.01.2022.

Sie betonte, dass der Ergebnishaushalt wie bei einem Unternehmen ausgeglichen sein muss und dieser Ausgleich von ordentlichen Erträgen und Aufwendungen nach der aktuellen Planung auch in 2022 noch nicht absehbar sei. Der Fehlbetrag beträgt im Beratungsentwurf 466.000 €. Sie hob nochmals auf die bereits im Rahmen der Haushaltsgenehmigung 2020 und 2021 von der Rechtsaufsicht formulierte Forderung einer „Priorisierung der Investitionsvorhaben sowie der Stärkung der Ertragskraft des Ergebnishaushalts“ hin. Das Thema der Haushaltskonsolidierung spiele weiterhin eine herausragende Rolle.

Frau Löhn ging ausführlich auf die in 2022 und den Folgejahren anstehenden wichtigsten Projekte (Kindertagesstätte Areal Übelmesser, Digitalisierung Schulen, Gewebegebiet „Erlen“, Baugebiet „Auhölzle“, Hallenbadsanierung, Schulhofgestaltung im Quartierzentrum Stadthalle, Sanierung Böbinger Straße, Schlosssanierung, ...) und konstatierte, dass die Priorität auf der Fertigstellung begonnener Projekte liegen müsse.

Frau Löhn informierte über einige Veränderungen im Haushaltsplan im Vergleich zur Vorberatung in der Haushaltsstrukturkommission. Hinzugekommen ist beispielsweise die Aufnahme eines Ansatzes von 20.000 € für die Neugestaltung der Homepage und die Herausnahme/Verschiebung des

Ausgleichstockantrags für die Schlosssanierung mit 500.000 €. Die ursprünglich für die Heizanlage im Areal Übelmesser veranschlagten 50.000 € müssen entsprechend des heutigen Beschlusses angepasst werden. Der Zahlungsmittelüberschuss wird mit rund 1,14 Millionen Euro beziffert. Dies reiche nicht aus, um die Abschreibungen (2,5 bis 2,7 Millionen Euro) zu erwirtschaften. Frau Lohn hob hier auf das Thema Generationengerechtigkeit ab.

Von der Verwaltung beantragt wurde neu die Erhöhung der Verfügungsmittel des Bürgermeisters von bislang 800 € auf 2.500 €. Außerdem ist nach Rücksprache mit dem Bauhof für das neu anzuschaffende Fahrzeug (Multicar) ein Betrag von 215.000 € ausreichend; der ursprüngliche Ansatz lag hier für eine optimale Ausstattung bei 265.000 €.

Die Sprecher der Fraktionen dankten der Kämmerin für die ausführliche Darstellung und nahmen wie folgt Stellung:

Stadtrat Martin Kelbaß (BL) konstatierte, dass der Fehlbetrag von rund 460.000 € absehbar gewesen sei und sprach sich dafür aus, anstelle auch immer wieder zur Diskussion stehender Erhöhungen auf der Einnahmeseite (z.B. durch Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer) Einsparungen zu realisieren, bevor die Bürgerinnen und Bürger belastet werden. Daran müsse von Verwaltungsseite auch bei kleineren Anschaffungen gedacht werden. Es müsse genau geschaut werden, was wirklich gebraucht wird; als Beispiel nannte StR Kelbaß hier die Notwendigkeit der Anschaffung von Profispülmaschinen. Die Fraktion hatte sich in der Vorberatung zur Sitzung auch mit weiteren Punkten auseinandergesetzt, so z.B. mit der Einführung eines Ratsinformationssystems (15.000 €) und der Frage, ob dafür der richtige Zeitpunkt sei, der Anschaffung eines Unwetterwarngerätes im Freibad (8.000 €) und dem Einbau sanitären Anlagen in der „Alten Molke“ in Lautern (60.000 €) mit dem Hinweis noch ungeklärter Mietverhältnisse. Ebenfalls thematisiert wurde der Ansatz für den Radweg Heubach - Lautern mit 300.000 €. Eine große Investition, die belaste und so nicht bekannt gewesen sei. Ursprünglich sei ein kleiner Betrag von 30.000 € genannt worden.

Frau Lohn ging auf die Themen „Alte Molke“ und Radweg ein und stellte fest, dass der Ansatz für die „Alte Molke“ in den HHP 2023 verschoben wird und vor einer Investition zunächst die Vertragssituation zu klären sei. Bezüglich des Radwegs verwies sie auf eine bestehende Vereinbarung zwischen Heubach und dem Landkreis sowie Gesamtkosten von über einer Million Euro und einem Anteil Heubachs von 30 %.

Hauptamtsleiter Eckhard Häffner informierte, dass man auf das Unwettergerät im Freibad nach Rücksprache mit der Bäderleitung verzichten könne, dies jedoch für den Naturkindergarten eine Überlegung wert sei. Mit dem Ratsinformationssystem könne man bis zur nächsten Legislaturperiode des Gemeinderats warten. Keinen Spielraum sah er bei der Anschaffung einer Profispülmaschine und verwies auf die erhöhte Nachfrage von Mittagessen durch die Einführung der Ganztageschule im Primarbereich der Schillerschule. Eine Einsparung wäre hier falsch und würde höhere Personalkosten verursachen.

StR Thomas Abele (CDU) bemerkte, dass die Auswirkung der Pandemie auf den Haushalt erfreulicherweise überschaubar sei und betonte, dass sich der Verlust von 466.000 € nach Plan auch noch ändern könne. Er unterstrich in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit einer Klausurtagung zum Thema Konsolidierung und Einsparmöglichkeiten auch im Hinblick auf Pflichtaufgaben versus freiwilliger Aufgabenbereiche. Er ging auf das Volumen des Ergebnishaushalts ein, der mit 29 Millionen Euro (2021: 26 Millionen Euro) ein erhebliches Wachstum von 12 % aufweist. Wie in 2021 steht ein riesiges Investitionsvolumen von 14 Millionen Euro im Haushaltsplan. Mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von unter 700 € liege man unter dem Landesdurchschnitt; dies zu erreichen müsse auch weiterhin das Ziel sein. Die Prognose dafür sehe auch in der mittelfristigen Finanzplanung gut aus. StR Abele bat darum, bei den im Vorbericht des Haushaltsplans genannten wesentlichen Zielen der Gemeinde (Ausbau der Kinderbetreuung, Digitalisierung an Schulen, Förderung der Gewerbeentwicklung, Energieeinsparung und Klimaschutz, Erhaltung des Heubacher Schlosses), das Ziel „Digitalisierung an Schulen“ durch den Zusatz „und in der Verwaltung“ zu ergänzen. Er hob in diesem Zusammenhang auf die Bereiche Homepage, Social Media etc. und den generellen Kontakt zwischen Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern ab. Bezüglich der plus 700.000 € im Personalbereich unterstrich StR Abele, dass es sich nicht um einmalige, sondern um nachhaltige Kosten für die nächsten Jahre handelt. Als betroffene Bereiche nannte er v.a. die neue Kindertagesstätte, Sozialarbeit, Forst, Nachhaltigkeit und Energiemanagement. Hier sei es wichtig, die Aufgaben genau zu definieren und den Rahmen abzustecken. Das Attribut „kinder- und jugendfreundliche Stadt“ müsse auch bedeuten, die Funktionen zu vernetzen und Ressourcen zu optimieren. Kinder und Jugendliche sollten seines Erachtens neben dem bestehenden 8er Rat noch mehr eingebunden werden (Idee: Jugendgemeinderat). Im Hinblick auf die in 2025 anstehende Grundsteuerreform bewertete StR Abele die Entscheidung, die Hebesätze nicht zu erhöhen, positiv. Er unterstrich außerdem die Wichtigkeit von umfassender Information und Transparenz bezüglich der zu erwartenden Änderungen für die

Bürgerinnen und Bürger sowie für die Stadt selbst. Zu den Unterhaltskosten, die bereits 2021 mit 1,3 Millionen im Fokus standen (es wurden nur 900.000 € ausgegeben) und für 2022 mit 1,7 Millionen angesetzt sind, regte StR Abele an, das laufende Jahr zu nutzen, um zu klären, in wie weit wirklich alle Maßnahmen wichtig sind und umgesetzt werden müssen. Im Bereich des Finanzhaushalts hob er auf die Themen Schloss und im Zusammenhang mit dem Umzug der Stadtbibliothek auch auf den Umbau des Saals im Feuerwehrhaus hin. Die Schlosssanierung schlägt mit einer Gesamtinvestitionssumme von 6,9 Millionen Euro zu Buche. Unter Berücksichtigung aller zu erwartender Zuschüsse verbleibt für die Stadt immer noch ein hoher Betrag von 1,9 Millionen Euro. Hier müsse die künftige Nutzung nochmals genau untersucht werden. Es sei richtig, den Ausgleichstock zu schieben. Bezüglich des Feuerwehrhauses sprach er sich für eine Haushaltssperre bis zur Verabschiedung eines fertigen Konzepts aus.

StR Gerhard Kuhn (UB) berichtete von einer ausführlichen Diskussion in der Fraktion und nannte die Entwicklung im Bereich der Zuweisungen und Gewerbesteuer erfreulich. Der Zahlungsmittelüberschuss könne zur Finanzierung der Kredite herangezogen werden, sei jedoch nicht ausreichend für einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt. Auch in diesem Punkt sah er ein wichtiges Thema für eine Frühjahrsklausur des Gemeinderats. Bezüglich der Unterhaltungsmaßnahmen wies er auf einen hohen Sanierungsbedarf bei Wasser, Abwasser und Straßen hin, der in den nächsten Haushaltsjahren in Angriff genommen werden müsse. StR Kuhn regte in diesem Zusammenhang an, für jede Straße ein Schadenskataster anzulegen. Dies könne eine Unterstützung für Gemeinderat und Verwaltung darstellen und es könnten Maßnahmen gebündelt werden. Insgesamt sei der Haushalt 2022 erfreulich, auch im Hinblick auf die Pro-Kopf-Verschuldung. Diese dürfe jedoch durch das Verschieben von Maßnahmen nicht dauerhaft niedrig gehalten werden

Stadtrat Günther Lux (SPD) stellte fest, dass nicht viel zu streichen sei und Pflichtaufgaben Geld kosten. Dennoch könne es „so nicht weitergehen“, vor allem im Hinblick auf die steigenden Personalkosten (früher plus 3%, heute plus 10%). Er hob auf drei Millionen mehr im Haushaltsplan 2022 ab und prognostizierte, dass sich dies fortsetzen werde. Steigende Abgaben werden die Bürgerinnen und Bürger belasten und auch die Pro-Kopf-Verschuldung werde steigen. Als besonders wichtig unterstrich StR Lux Anbetracht einiger Vorfälle in der letzten Zeit die Notwendigkeit, etwas für die Jugendlichen in Heubach zu tun.

Bürgermeister Dr. Alemazung bekräftigte das vorhandene Bewusstsein in der Verwaltung, mit den Finanzen vorsichtig umzugehen. Dies sei ein wichtiger Punkt zum Thema Nachhaltigkeit und ein solider Haushalt dafür grundlegend. Er hob auf erste Gespräche mit dem Jugendbüro im Hinblick auf eine erweiterte Mitgestaltung ab und unterstrich die Wichtigkeit der Digitalisierungsthematik.

Ortsvorsteher Bernhard Deininger betonte die Notwendigkeit des Geh- und Radwegs Heubach - Lautern; eine sehr wichtige Maßnahme, die bereits seit Jahrzehnten auf der Agenda stehe. Die Vereinbarung mit dem LRA sei ein Durchbruch gewesen. Er wies darauf hin, dass in der Planung auch die Verschwenkung am Ortseingang enthalten ist, die für das Baugebiet „Heubacher Straße“ unerlässlich sei. OV Deininger hob auf das Fahrrad als „das Transportmittel der Zukunft“ ab und betonte den Sicherheitsaspekt für die Radfahrer auf der gut frequentierten Strecke.

Kämmerin Lohn fasste folgende Punkte als Ergebnisse der Diskussion zusammen:

- Erhöhung der Verfügungsmittel des Bürgermeisters auf 2.500 €
- Erhöhung des Ansatzes für die Heizung im Areal Übelmesser auf 130.000 €
- Kürzung des Ansatzes für das Bauhoffahrzeug auf 215.000 €
- der Ansatz für die Geh- und Radwegverbindung Heubach - Lautern bleibt
- das Unwetterwarngerät wird nicht benötigt
- die Einführung eines Ratsinformationssystems wird zeitlich geschoben
- der Ansatz für die Profispülmaschine bleibt
- für den Umbau des Feuerwehrhauses gibt es einen Haushaltssperrvermerk bis zu einem entsprechenden Beschluss des Gemeinderats
- die Maßnahme „Alte Molke“ wird nach 2023 geschoben, ebenso der Antrag zum Ausgleichstock
- Themen wie die Erhöhung der GEO Beteiligung und der Albturm rücken in die mittelfristige Finanzplanung
- Erweiterung des Ziels „Digitalisierung an Schulen und in der Verwaltung“
- Erarbeitung eines Schadenskatasters (Wasser, Abwasser, Straßen)
- genauere Betrachtung der Einnahme- und Ausgabeseite auch bei kleineren Projekten

Verwaltung und Gremium waren sich außerdem einig, dass der Gemeinderat für eine umfassende Beratung einiger Bereiche in Klausur gehen sollte. Frau Lohn resümierte als Themen:

- Sanierung Heubacher Schloss v.a. im Hinblick auf die zukünftige Nutzung

- Konsolidierung des Ergebnishaushalts
- Grundsteuerentwicklung
- Ressourcenbündelung in der Kinder- und Jugendbetreuung
- Friedhofsgebührenkalkulation
- Begutachtung der Unterhaltungsmaßnahmen
- Radwegevereinbarung betr. Heubach - Lautern

Das Gremium nahm den Haushaltsplanentwurf zur Kenntnis und beschloss die Fortschreibung/Aktualisierung durch die Vorberatung des Entwurfs nach ausführlicher Diskussion **einstimmig**,

Kämmerin Monika Löhn wird die Ergebnisse und Änderungen entsprechend einarbeiten und die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2022 für die Beschlussfassung in der nächsten Sitzung des Gemeinderats am 08. März 2022 vorbereiten.

Frau Löhn wies abschließend darauf hin, dass der Beschluss der Haushaltssatzung ab 2023 bereits im Januar erfolgen müsse, da das LRA die Haushaltsplanung bereits vor Abgabe von Anträgen zum Ausgleichstock (im Februar eines jeden Jahres) vorliegen haben möchte.

Sanierung Böhmerstraße – Vorstellung der Entwurfsplanung

Herr Matthias Kolb vom Stadtbauamt informierte anhand des Lageplans über die geplante Sanierung der Böhmerstraße in Lautern. Zum einen waren in den vergangenen Jahren zahlreiche Wasserrohrbrüche zu beklagen und zum anderen erfordert der allgemeine Zustand der Kanalisation, der Wasserleitung und der Straße umfangreiche Sanierungen der öffentlichen Infrastruktur. Außerdem wurde auf Anregung aus dem Gremium das Thema Oberflächenwasserableitung, das in Lautern eine große Rolle spielt, mitaufgenommen. Es fließt aktuell zu viel sauberes Hangwasser in den Schmutzwasserkanal; das Herausfiltern verursacht hohe Kosten in der Kläranlage.

Im Mai vergangenen Jahre wurde das Büro Bartsch aus Heubach mit der Entwurfsplanung beauftragt. Es wurde eine Baugrunduntersuchung mit Teeranalyse und Gründungsberatung durch das Büro für Ingenieurgeologie BFI Zeiser durchgeführt.

Ingenieur Wolfgang Bartsch stellte dem Gremium die Planung, die auf Grundlage der Roboterbefahrung erfolgt ist, ausführlich vor. Die Kanalinnensanierung des bestehenden Schmutzwasserkanals mittels Inlinerverfahren wurde bereits an die Fa. Swietelski vergeben. Herr Bartsch betonte im Hinblick auf die Wasserrohrbrüche die Wichtigkeit der Sicherung der Trinkwasserversorgung und die notwendige komplette Erneuerung der vorhandenen Wasserleitung inklusive der Hausanschlüsse (nach Württemberger Schachtsystem mit Hydrantenschächten). Gleichzeitig wird ein neuer Regenwasserkanal mitverlegt, der das Niederschlagswasser vom Außeneinzugsgebiet fasst und in die Lauter einleitet. Damit wird das Problem des hohen Fremdwasseranteils und die Vermengung mit Schmutzwasser gelöst. Außerdem wird ein Mikrokabelleerrohrsystem für ein späteres Einblasen von Glasfaserkabeln eingebracht und damit die Voraussetzungen für schnelles Internet geschaffen. Nach dem vorliegenden Gutachten ist der bestehende Fahrbahnaufbau nicht ausreichend frostsicher und die Straße nicht tragfähig, weshalb nach Abschluss der Leitungsbauarbeiten eine neue Herstellung der Böhmerstraße im Vollausbau notwendig ist. Herr Bartsch zeigte die technische Seite der Planung anhand verschiedener Zeichnungen auf. Insgesamt geht es um rund 120 -130 m Straße und Kanal. Die Gesamtkosten für die Maßnahme liegen bei 640.000 €.

Herr Kolb informierte über die Vollsperrung der Böhmerstraße während der Bauarbeiten und stellte die für Notfallsituationen notwendige Umleitungsstrecke über Feld- und Waldwege Richtung Lappertal/ Albvereinshütte dar (rund zwei Kilometer Umweg; teilweise noch Richten der Strecke erforderlich).

Zum Zeitplan nannte er für Januar/Februar die Ausführungsplanung und Erstellung des Leistungsverzeichnisses sowie Gespräche mit den Anliegern (betr. Schächte u.ä.), die Ausschreibungsphase im März sowie die Vergabe der Bauarbeiten im April. Baubeginn soll nach der Frostperiode (voraussichtlich Mai) sein und das Bauende ist auf den Herbst 2022 projektiert.

Ortsvorsteher Bernhard Deininger bestätigte die vielen Rohrbrüche in den letzten Jahren sowie die Fremdwasserproblematik und bemerkte, dass die Planung im Dezember 2021 im Ortschaftsrat in Lautern vorgestellt wurde. Er unterstrich den dringenden Handlungsbedarf und appellierte daran, die Vollsperrung so kurz wie möglich zu halten.

Einige Gremiumsmitglieder äußerten sich besorgt über mögliche Kosten für die Anlieger und zur notwendigen Vollsperrung der Straße. Es wurde die Bitte geäußert, die Anwohner diesbezüglich frühzeitig zu informieren.

Kämmerin Lohn teilte mit, dass die tatsächliche Berechnung erst möglich sei, wenn die Kosten vorliegen und dass derzeit noch geprüft werde, ob überhaupt Erschließungsbeiträge veranlagt werden müssen. Generell können zwar 95 % der Kosten auf die Eigentümer umgelegt werden, jedoch nur, wenn die Straße davor noch nicht erschlossen bzw. endgültig hergestellt war und dementsprechend noch keine Veranlagung erfolgt ist. Die Erhebung der Beiträge darf nur einmal erfolgen und es ist zu unterscheiden zwischen Vorauszahlung und Endzahlung. Bei einer historischen Straße - auch dieser Sachverhalt wird überprüft - dürfen gar keine Erschließungskosten erhoben werden. Sie wies außerdem darauf hin, dass die Kosten für die Hausanschlüsse bis zur Wasseruhr gemäß der Satzung von der Stadt zu tragen sind. Zur Vollsperrung stellte Herr Bartsch fest, dass eine halbseitige Sperrung technisch nicht umzusetzen sei, da die Straße an sich zu eng ist. Ortsvorsteher Deininger bemerkte, dass man in der Oberen Mühlstraße während der Bauphase Plätze zur Verfügung stellen werde.

Der Gemeinderat beschloss **einstimmig**, das Projekt „Sanierung Böhmerstraße mit Wasserleitungsauswechslung“ auf Grundlage der vorgestellten Entwurfsplanung und der Terminalschiene weiterzubearbeiten. Die entsprechenden Kostenansätze werden im Haushaltsplan 2022 aufgenommen.

Gewerbegebiet „Erlen“: Erschließungsmaßnahme, 2. Bauabschnitt – Vergabe

Nachdem alle Bauplätze im Gewerbegebiet „Erlen“ verkauft sind, steht die Ausführung des zweiten Bauabschnitts an, um die Bebauung zu ermöglichen und die Erschließung zu sichern. Dieser umfasst die Kanal- und Wasserleitungsbauarbeiten, die Fertigstellung der Retentionsmulde und die Herstellung des Hochwasserausgleichs.

Herr Kolb informierte, dass auf die öffentliche Ausschreibung hin fünf Angebote für die relativ kleine Maßnahme eingegangen sind. Mit dem günstigsten Angebot von rund 298.000 € kann eine Punktlandung bezüglich der Kostenberechnung des Büro Bartsch vom September 2021 (knapp 300.000 €) erzielt werden. Der Baubeginn soll schnellstmöglich je nach Witterung erfolgen, die Fertigstellung soll spätestens Ende Mai sein.

Das Gremium folgte **einstimmig** dem Beschlussvorschlag der Verwaltung, den Auftrag für die Erschließungsarbeiten des zweiten Bauabschnitts an die günstigste Bieterin, die Firma Georg Eichele GmbH, zum Angebotspreis von 298.070,36 €/brutto zu vergeben.

Baugebiet „Auhölzle“: Erschließungsmaßnahme – Vergabe

Hier steht nach dem Verkauf der Baugrundstücke nun planmäßig die Erschließung an. Die Erschließungsarbeiten beinhalten Kanal- und Wasserleitungsbauarbeiten, Straßenbauarbeiten sowie den Lärmschutzwall.

Herr Kolb wies darauf hin, dass durch den geplanten Baubeginn im Neubaugebiet im Herbst 2022 ein entsprechender Termindruck bezüglich der Erschließung besteht. Auf die ebenfalls öffentliche Ausschreibung hin wurden drei Angebote abgegeben. Das günstigste Angebot liegt mit rund 1,8 Millionen Euro deutlich unter der Grobkostenschätzung des Büro Bartsch vom November 2020 (3,29 Millionen Euro). Im Angebot sind außerdem Erdarbeiten für die GEO (Nahwärme) in Höhe von ca. 24.000 € enthalten, die entsprechend weiterberechnet werden. Herr Kolb sah Auswirkungen der Coronasituation auf den Tiefbau und sprach bezüglich der Kosten davon, „eine glückliche Zeit erwischt zu haben“. Die günstigen Preise liegen jedoch auch im Einsatz leistungsfähiger Großgeräte bei der günstigsten Bieterfirma begründet. Auch hier ist der Baubeginn ab Februar vorgesehen, der Fertigstellungstermin ist auf spätestens 30.09.2022 festgesetzt.

Aufgrund des sehr guten Ausschreibungsergebnisses regte Stadtrat Dominik Frey an, den „Überschuss“ zumindest teilweise dem Gebiet „Am Auhölzle“ zu Gute kommen zu lassen. Er nannte hier beispielsweise einen Invest in die Feldwegeverbindung Richtung Buch und den Bereich der Kleingärten oder den Weg am Biotop.

Stadtrat Gerhard Kuhn hingegen betonte, dass die Einsparungen gesamt für Heubach zu sehen seien. Es bestünde dadurch die Chance, wichtige Dinge zu realisieren, und zwar nicht nur im Gebiet „Auhölzle“. Er wurde diesbezüglich von Stadtrat Karl Grötzingen bestärkt („es war auch schon anders“), der außerdem darauf hinwies, dass viele der Wege über Privatgrundstücke führen und hier Grunderwerb notwendig wäre. Stadtrat Markus Bretzler mahnte an, erst die Endabrechnung abzuwarten, bevor Geld verteilt wird.

Der Gemeinderat beschloss auch hier **einstimmig**, die Firma Georg Eichele GmbH mit den Erschließungsarbeiten für das Baugebiet „Auhölzle“ zum Angebotspreis von 1.792.373,79 €/brutto zu beauftragen.

Baugebiet „Auhölzle“, Festlegung eines Straßennamens

Während die Haupteerschließung des neuen Baugebiets „Auhölzle“, die über die Adlerstraße erfolgt, bereits den Namen „Am Auhölzle“ trägt, hat die parallel verlaufende nördliche Erschließungsstraße noch keine Straßenbezeichnung. Von der Verwaltung wurden dafür einige Vorschläge unterbreitet („Unteres Auhölzle“, „Am Steingraben“, „Am Wall“) und auch aus der Mitte des Gremiums wurden in der Sitzung Vorschläge eingebracht: „In der Au“, „Unteres Auhölzle“, „Im Westen“, „Im Abendrot“.

Die Anregung, die Straße im Hinblick auf einen späteren Ringschluss komplett als „Am Auhölzle“ zu bezeichnen, wurde aus Praktikabilitätsgründen (Problematik der Hausnummernvergabe) verworfen.

Der Gemeinderat beschloss **einstimmig**, dass die zukünftigen Anwohner - wie schon beim Baugebiet „Jägerstraße II“ - über die Straßenbezeichnung entscheiden sollen. Zur Abstimmung stehen die in der Diskussion ausgewählten Namensvorschläge „In der Au“ und „Im Abendrot“.

Einrichtung eines "Eltern-Kind-Zentrums" im Areal Übelmesser

Wie bekannt, wird das Hauptgebäude des Areals Übelmesser aktuell zu einer zweigruppigen Kindertagesstätte umgebaut. Es soll für Kinder im Alter ab zwei Jahren bis zum Schuleintritt eine Ganztagesbetreuung sowie eine Betreuung im Rahmen einer verlängerten Öffnungszeit angeboten werden.

Hauptamtsleiter Eckhard Häffner hob darauf ab, dass die Stadt Heubach als Träger immer darauf bedacht sei, sich am Bedarf der Eltern zu orientieren, und aus diesem Grund auch eine entsprechende Umfrage in den bestehenden Kindergärten durchgeführt wurde. Dabei wurden u.a. Wünsche bezüglich spezieller Familienprojekte, Workshops und Themenabende, die Vermittlung von Fachdiensten und die Unterstützung bei Behördengängen sowie Elternsprechstunden, Beratung zu alltagspraktischen Fragen u.ä. geäußert. Derzeit gibt es in allen Kindertagesstätten im Stadtgebiet acht Kinder mit einem erhöhten Betreuungsbedarf. So ist die Idee entstanden, die neue Einrichtung unter diesem Aspekt auszurichten und ein Kompetenzzentrum für Kinder, die einer ergänzenden Betreuung bedürfen, zu schaffen sowie besondere Angebote für Eltern bereitzustellen. Dabei soll die räumliche Nähe zum Familienzentrum MüZe Heubach e.V. genutzt und mit einer Kooperation auch in dieser Hinsicht ein Mehrwert geschaffen werden. Herr Häffner unterstrich besonders, dass es sich nicht um eine integrative Einrichtung, sondern um eine Kindertagesstätte mit zusätzlichen Angeboten und entsprechendem „Know-How“ handelt. Dadurch könnten andere Kindertagesstätten zeitlich entlastet werden.

Dafür und vor allem für die Koordinierung und einrichtungsübergreifende Vernetzung innerstädtischer Angebote sowie die konzeptionelle Weiterentwicklung der Einrichtung ist nach Auffassung der Verwaltung eine andere Personalausstattung als in den „normalen“ Kindergärten notwendig und man überlegt sich, die Stelle der Kindergartenleitung mit einer Sozialpädagogin/einem Sozialpädagogen zu besetzen.

Es soll außerdem ein mit Mitgliedern der neuen Einrichtung sowie des MüZe paritätisch besetztes Steuerungsgremium eingerichtet werden, das grundsätzliche, beide Träger betreffende Entscheidungen gemeinsam trifft.

Die Einrichtung eines „Eltern-Kind-Zentrums“ wurde generell als sehr gute Idee gesehen (Wortbeiträge von Stadträtin Marlene Kuhn, Stadtrat Martin Kelbaß, Stadträtin Margit Hellfeuer-Chamié, Stadtrat Markus Bretzler) und die Realisierung auch im Hinblick auf einen konzeptionellen Ansatz und Angebote für Kinder- und Jugendliche im gesamten Stadtgebiet sowie die Optimierung vorhandener Ressourcen befürwortet.

Der Gemeinderat beauftragte nach ausführlichem Meinungsaustausch die Verwaltung **einstimmig**, im Areal Übelmesser gemeinsam mit dem Familienzentrum MüZe Heubach e. V. ein "Eltern-Kind-Zentrum" zu konzipieren und alle hierfür erforderlichen Maßnahmen einzuleiten.

Annahme von Spenden und Sponsoring für das 4. Quartal 2021

Nach § 78 Abs. 4 der Gemeindeordnung darf die Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen einwerben und annehmen. Über die Annahme entscheidet der Gemeinderat. Die Verwaltung hat außerdem einen Bericht mit genauer Angabe der Spender, Spendenbetrag und Zuwendungszweck für die Rechtsaufsichtsbehörde zu erstellen.

Im vierten Quartal 2021 sind insgesamt 8.134,20 € an Spenden bei der Stadt Heubach eingegangen.

Der Gemeinderat stimmte der Annahme der Beträge **mehrheitlich mit einer Enthaltung** zu.

Bestellung von Herrn Bürgermeister Dr. Joy Alemazung zum Vorstand der Energiegenossenschaft Rosenstein eG

Nach der Satzung der 2013 gegründeten Energiegenossenschaft Rosenstein eG gehört der amtierende Bürgermeister der Stadt Heubach dem Vorstand der Genossenschaft an, der aus zwei Personen besteht

(außerdem: Herr Matthias Hillenbrand, Vorstand der Raiffeisenbank Rosenstein eG). Nach dem Ausscheiden von Herrn Frederick Brütting wurde diese Aufgabe interimsmäßig dem Hauptamtsleiter, Herrn Eckhard Häffner, übertragen.

Das Gremium stimmte **einstimmig** dafür, Herrn Dr. Joy Alemazung zum nächstmöglichen Termin zum Vorstand der Energiegenossenschaft Rosenstein eG zu bestellen.

Festlegung der Regelungen für die Benutzung des Dienstwagens für außerdienstliche (private) Zwecke durch den Bürgermeister

Der Gemeinderat votierte **mehrheitlich mit einer Enthaltung** dafür, dem Bürgermeister der Stadt Heubach die Nutzung des Dienstwagens für private Fahrten zwischen dem Rathaus und seinem Wohnort in Schwäbisch Gmünd zu ermöglichen. Als Kostenersatz wird nach Abstimmung mit der Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg (GPA) und dem Kommunalamt der höchste Entschädigungssatz nach § 5 Landesreisekostengesetz (LRKG) von derzeit 0,35 € pro km angesetzt. Grundlage für die Abrechnung ist die konkrete Anzahl der Fahrten. Die Abrechnung erfolgt jeweils am Ende eines Quartals.

Bekanntgaben, Sonstiges

Auf Nachfrage von Stadtrat Jürgen Tiede bezüglich des früher organisierten Fests für Ehrenamtliche, informierte Hauptamtsleiter Häffner, dass dies schon lange nicht mehr stattfindet.

StR Tiede regte an, diese Tradition wieder aufleben zu lassen.